



AUS DEM STADTARCHIV

Vor 100 Jahren: Der Kaiser wird abgehängt

Klaus Peschke

Mit dem Waffenstillstand am 11. November 1918 endeten die Kampfhandlungen des 1. Weltkriegs. Der Landrat im Kreis Geilenkirchen hatte es danach eilig. Er telegraphierte an die Bürgermeister: *„In Schulzimmern und Fluren sind etwaige Plakate und Bilder, die berechtigten Anstoß bei feindlichen Truppen erregen könnten, zu entfernen. Zur sofortigen weiteren Veranlassung.“*



Kaiser Wilhelm II. muss weg

Damit meinte er die obligatorischen Bilder von Kaiser Wilhelm II. Sie hingen in jeder Amtsstube und jedem Schulzimmer. Mit den genannten „feindlichen Truppen“ waren die Soldaten der Siegermächte gemeint, deren Einmarsch bald erwartet wurde.

Hoffnung aufs Kriegsglück

Noch im Oktober 1918 hatte das Kriegsministerium in Berlin die großen deutschen Verluste und den schnellen Vormarsch der Alliierten relativiert: *„Schwankungen im Kriegsglück kommen in jedem siegreichen Feldzuge vor.“* Gleichzeitig wurden im örtlichen Amtsblatt die Landwirte aufgerufen: *„Helft dem Feldheer! Es braucht dringend Hafer, Heu und Stroh.“* Aber auch damit war der materiellen Überlegenheit der verbündeten Kriegsgegner nicht mehr zu begegnen. Inzwischen hatten sich außerdem revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte in den Großstädten des Reiches gebildet. Sie strebten ein schnelles Kriegsende an. Die revolutionäre Stimmung hatte wohl auch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz erreicht. Er informierte zwei Tage vor Beginn des Waffenstillstands am 7. November 1918 seine untergeordneten Behörden, dass er zur Abwehr von Unruhen die Bildung von Bürgerwehren für zweckmäßig hielte. Diese Wehren sollten aus unbewaffneten

verständigen Bürgern aller Berufe bestehen. Sie sollten für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen *„und sich gegebenenfalls sogar zu diesem Zwecke etwaiger revolutionärer Machthaber zum Wohle des Ganzen zur Verfügung stellen.“* Der königliche Landrat stellt sich flexibel schon mal auf neue, unbekannte revolutionäre Machthaber ein!

Bürgerwehr und Arbeiterrat in Baesweiler

In Baesweiler gibt es inzwischen einen „Arbeiterrat“. Der ist aber nicht durch revolutionäre Bestrebungen von örtlichen Arbeitern entstanden. Der Bürgermeister selbst hat bewährte Männer aller Schichten dafür eigenhändig ausgewählt. Bürgermeister Dahmen und der Arbeiterrat veröffentlichen einen Aufruf an die Bevölkerung. Sie wenden sich außerdem direkt an die örtliche Feuerwehr: *„Für die Gemeinden ist die sofortige Bildung einer Bürgerwehr geplant, die für Ruhe und Ordnung sowie für den Schutz von Personen und Eigentum tätig sein soll. Ich zweifle nicht, dass auch die freiwillige Feuerwehr ihren Satzungen gemäß im obigen Sinne sich betätigen will. Es kommt hauptsächlich darauf an, dass die Mitglieder auf Anforderung des Bürgermeisters oder beim Alarmzeichen sich sofort an die vorher bezeichnete Stelle begeben, um in geeigneter Weise einzugreifen.“*

So schlimm kommt es dann aber nicht. Baesweiler bleibt von revolutionären Turbulenzen verschont. Auch von der Front zurückströmende deutsche Soldaten verursachen keine Unruhen. Nur 1000 Stück Artilleriemunition am Feuerwehrhaus in Beggendorf zeugen noch vom vergangenen Krieg, dazu 700 zurückgelassene Gewehre deutscher Soldaten. Bürgermeister Dahmen erwähnte in seinen Verwaltungsberichten keine besonderen Vorkommnisse. Auch die Befürchtung, desertierte deutsche Soldaten, die sich bisher im neutralen Holland aufgehalten haben, kämen in großer Anzahl zurück über die nahe Grenze und brächten Chaos in die Heimat, hat sich nicht bewahrheitet.

Die Männer der Baesweiler Feuerwehr trugen Armbinden mit der Aufschrift „Bürgerwehr“, amtlich durch ein Dienstsiegel der königlichen Bürgermeisterei gekennzeichnet.

Einquartierungen

Am 7. Dezember 1918 rückten französische und belgische Einheiten in Baesweiler Privatquartiere ein. Nach 3 Tagen zogen sie dann nach Geilenkirchen und Jülich weiter, aber die Zwangseinquartierungen führten zu einigen Beschwerden und Verlustmeldungen. Dem Bergmann Friedrich Zimmermann verschwanden seine Tabakpfeifen. Als Täter vermutet er belgische Soldaten. Lehrer Cremers aus Übach meldet den Diebstahl von Nikolausgeschenken. Er verdächtigt den Burschen des bei ihm einquartierten Offiziers, der auf dem Sofa im Wohnzimmer geschlafen hat. Es fehlen zwei wollene Kindermützen und seine wertvolle Pfeife. Schwerwiegender war schon ein Raub beim Wirt Jansen. Hier erzwangen 10 Soldaten die Herausgabe der Tageskasse, und sie versorgten sich mit Zigarren, Zigaretten und Schnaps. Bei einer späteren Auflistung der „Schäden“ führt der Bürgermeister auch die Schmähungen auf, die belgische Soldaten ausgerufen haben sollen, gegen seine kaiserliche Majestät. Alles zusammengenommen aber hat Baesweiler durch den Einmarsch fremder Besatzungstruppen nicht groß zu leiden gehabt. Die wirklich schweren Zeiten folgten noch...

Preußen ist Republik

Dem Ausrufen der Republik am 9. November 1918 folgten in Preußen im Januar 1919 schon Wahlen zur verfassungsgebenden preußischen Nationalversammlung. Dieses Gremium verabschiedete im März 1919 das „Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt in Preußen.“ Und der Regierungspräsident stellte fest und wies seine nachgeordneten Behörden an: *„Die republikanische Staatsform hat ihre gesetzmäßige Grundlage in Preußen erhalten. Es ist erforderlich, auf Siegelabdrücken das Wort königlich zu entfernen.“* Bürgermeister Jakob Dahmen, seit 26 Jahren königlicher Beamter, berichtet seinem Vorgesetzten: *„Erledigt, wie angeordnet.“*

Aus: Stadtinfo Baesweiler, 245. Ausgabe, 18.09.2018.